

Donnerstag, 30. September 1993

AUS DER WIRTSCHAFT

## Brunner für Staatenbund

„Der Vertrag von Maastricht wird Karlsruhe am 12. Oktober nicht unkorrigiert verlassen“, behauptete Manfred Brunner gestern selbstbewußt vor Journalisten in Hamburg. Der frühere EG-Kabinettschef von Martin Bangemann hatte im Dezember 1992 beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das europäische Vertragswerk eingelegt. Brunner sprach gestern beim vierten Europa-Abend des AGA Unternehmens- und Arbeitgeberverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e. V. im Hotel Elysee über sein beliebtes Thema „Die Zukunft Europas – was bleibt von Maastricht“.

Der frühere bayerische FDP-Chef, der jetzt wieder als Anwalt in München arbeitet, begründete seine Zuversicht, daß der Vertrag nicht im ursprünglichen Sinne erhalten bleibt, schlicht damit, daß „es keinen Vertrag eines Überstaates geben wird“. Denn die Nationalstaaten seien keineswegs überholt, so wie Helmut Kohl es kürzlich gesagt hatte. „Sie sind vielmehr sehr modern als organische, überschaubare Einheiten, die nun in einer Freihandels-, Friedens- und Bestandsordnung miteinander verflochten werden müssen.“

Maastricht errichte ein „undemokratisches Europa der Führer“, lautet der Hauptvorwurf

Brunners, der immer wieder betont, daß er kein „Anti-Europäer“ sei. Ein neuer europäischer Vertrag müsse die Idee „des westeuropäischen Bundesstaates aufgeben und einen gesamt-europäischen Staatenbund anstreben“. Das sei die Zukunftsaufgabe „echter Europäer“. est